
Klaus von Beyme

Paradoxe Folgen des 11. September für die Weltpolitik

Der September 2001 hatte Gutes im Schlechten: Er unterbrach die Routine der Handlungsabläufe, die seit dem Untergang des realen Sozialismus und der Etablierung einer einzigen Supermacht Amerika ab 1990/91 überwog. Meine optimistische These mag zynisch klingen, da doch selbst eine harmlose Wandlung wie die Umstellung auf den Euro die Psychiater beschäftigte. Der Verlust des Sicherheitssymbols DM hat vor allem bei älteren Menschen Zukunftsängste, Depressionen, Schlafstörungen, steigenden Drogen- und Alkoholkonsum ausgelöst. Kein Wunder, daß eine neue psychologische Forschungsrichtung Furore macht, die Coping-Psychologie, die sich mit erfolgreichen Bewältigungsstrategien für kollektiven Streß befaßt (Ernst 2002).

Die Umfragedaten von Allensbach rechtfertigten keine optimistische Prognose. Nur 42 % der Bundesbürger hatten für 2002 mehr Hoffnungen als Befürchtungen und Skepsis. Nur 1950 (das erste Jahr der Bundesrepublik im Routinebetrieb), 1971 (das erste Krisenjahr der sozialliberalen Koalition), 1974 (das Jahr des Sturzes von Brandt), 1980–83 (das Ende der sozialliberalen Koalition), 1996–97 (das Ende der Ära Kohl) lagen die Hoffnungswerte so niedrig wie für 2002. Aber der Vergleich ist auch hier tröstlich: Die Deutschen fürchteten kurzfristig das Euro-Jahr und erwiesen sich selbst in ihren privaten Einstellungen als nicht sehr innovationsfreudig. Als der Euro dann kam, traten sie ordnungsgemäß zur Verteilung der *starter-kits* an und fanden sogar Gefallen an den neuen bunten Scheinen, als ob es sich um Monopoly-Geld handelte.

Die psychischen Bewältigungsstrategien in Jahren der Sorgen enthalten den Auf- und Abwärtsvergleich. Vor allem letzterer kann trostreich sein, nach der Kempowski-Devise »Uns geht's ja noch Gold«. Leon Festingers Theorie der kognitiven Dissonanzen hat die psychischen Mechanismen, die dabei ablaufen, schon 1954 formuliert. Bei persönlichen Schicksalsschlägen ist der Vergleich mit dem Nachbarn leicht. Bei kollektiven Ereignissen mit langfristigen Wirkungen ist er sehr viel schwerer, weil die Wirkungen nicht sogleich zutage treten oder aber – was in der Mediengesellschaft wahrscheinlicher ist – dramatisierend übertrieben werden. »Nichts wird mehr sein, wie es vor dem 11. September war« ist eine solche Devise, die in den meisten Lebensbereichenbarer Unsinn ist. In New York hat man eine Weile auf Lustbarkeiten verzichtet. Bei kleineren Desastern, wie den Feuersbrünsten von Lima und Sydney,

konnte man sich nicht einmal zum Verzicht auf das Neujahrsfeuerwerk entschließen. Peter Salovey und John Meyer haben den Begriff »emotionale Intelligenz« geprägt. Sie kann entwickelt werden, damit auf Einbrüche nicht mit kollektiven Neurosen reagiert wird. In Krisenzeiten zeigt sich häufig, daß individuelle Neurosen in den Hintergrund treten. Nie gab es so wenig Selbstmorde und nervöse Zusammenbrüche wie in den Bombennächten des Krieges. Die Angst vor dem Tod erzeugt ein Paradoxon, ein besonders gesetzstreu und gruppensolidarisches Verhalten.

Vier paradoxe Folgen erscheinen als Konsequenz der Septemberereignisse:

- Der Krieg der Kulturen wurde wieder ausgerufen und schuf gleichwohl mehr internationale Solidarität als je zuvor.
- Der Nationalstaat erstarkte wieder durch Re-Etatisierung der internationalen Beziehungen.
- Innenpolitische Reformstaus wurden unter Schockwirkung aufgelöst, und notwendige Innovationen wurden erleichtert.
- Das hegemoniale System der USA schien vorübergehend zu triumphieren, und gleichwohl wächst die internationale »governance« auf freiwilliger kooperativer Grundlage und stärkt langfristig ein internationales universales Rechtssystem, an dem auch der Hegemon nicht mehr vorbeikommt.

1. Internationale Solidarität als paradoxe Folge des erklärten Krieges der Kulturen

Samuel Huntington wurde mit seinem *Clash of Civilizations* berühmt in Europa, aber in Amerika meist nicht ganz ernst genommen. Zu oft hatte er sich – was Nichtkenner des Faches Politikwissenschaft nicht wissen können – mit gänzlich überzogenen Thesen zur Weltpolitik zu weit aus dem Fenster gehängt. Nach den Septemberereignissen schien er plötzlich recht zu bekommen. Einst hatte Huntington in *Promise of Disharmony* die Fähigkeit zum Kulturkonflikt in Amerika gepriesen. Nun schien der Glaube an den Schmelztiegel Amerika zu schwinden. Im Namen des Multikulturalismus leugneten nun intellektuelle Minderheiten die Identifikation Amerikas mit dem westlichen Kulturkreis und stritten die Existenz einer gemeinsamen amerikanischen Kultur ab. Warben sie nicht schamlos für ethnische, rassische, fundamentalistisch-religiöse Identitäten und Gruppen – und bekamen dafür die treuherzige Akklamation von WASP-Gruppen der Angloamerikaner, wie der Feministinnen, der Homosexuellen oder der radikalen Sekten?

Die deutsche Leitkulturdebatte der Konservativen schien nicht mehr so absurd wie vor einigen Jahren (vgl. Wagner 2001, S. 142). Der bloße Verfassungspatriotismus, der

gerade den gebrannten Kindern Deutschlands – von Sternberger bis Habermas – als Treuezeichen eines unterkühlt-rationalen Identitätsbewußtseins verordnet wurde, schien plötzlich der dominanten Kultur nicht mehr genug. Der westliche Liberalismus, der Hauptstrom der Moderne, wurde zum nächsten Dominostein erklärt, der nach dem Marxismus fallen werde (Umehara 1992, S. 10). Trutzig lauten die Thesen Huntingtons: »Im Kampf der Kulturen werden Europa und Amerika vereint marschieren müssen, oder sie werden getrennt geschlagen« (Huntington 1998, S. 531). Das klingt wie ein umgekehrter Schlieffen-Plan im Endkampf von Zivilisation und Barbarei, der da apokalyptisch aufgebauscht wird.

Damit kam es auch in Europa zur Kritik am »interreligiösen Kuscheldialog«, der sich den Schneid der christlichen Werte abkaufen läßt in einer knochenerweichten Harmoniesucht. Die weniger Harmoniesüchtigen in den christlichen Kirchen begannen sich zu fragen, ob man dem Islam gegenüber nicht viel zu tolerant gewesen sei. Die Toleranz, die am Multi-Kulti-Projekt geschult wurde, schien wenig für einen Dialog mit fundamentalistischen Terroristen zu taugen. Der Geist der Bergpredigt hatte einst auch die christlichen Kreuzfahrer verlassen. Aus schlechtem Gewissen aufgrund der historischen Schuld des Imperialismus wagten auch Konservative in Europa kaum, europäische Werte offensiv zu vertreten. »Weil ihr geschlafen habt, habt ihr die Schläfer nicht erkannt«, begannen auch dialogbereite Christen als Devise auszugeben. Einige Philosophen wie Richard Rorty schwenkten um und plädierten unverhohlen für die »Verwestlichung der ganzen Welt«, um aus der sklerotischen Spaßgesellschaft und der lustvollen postmodernen Leugnung aller universalen Werte in einem Salto mortale herauszufinden.

Plötzlich mußte der Zentralrat der Muslime in Deutschland sich hochnotpeinliche Fragen nach seiner Stellung zum Grundgesetz gefallen lassen und begann dabei zu stottern. Plötzlich interessierten sich deutschen Institutionen für die Organisationsformen des Islam im Lande, um nicht mehr selbsternannte Kalifen als Repräsentanten akzeptieren zu müssen. Wohltuende paradoxe Folgen des September zeichnen sich ab. Die islamischen Verbände denken über Zusammenarbeit nach. Der Islamrat, der vor allem von Türken organisiert, und der Zentralrat der Muslime, der von Muslimen aus dem Nahen Osten dominiert wird, kooperierten bisher kaum (Lehnartz 2001, S. 53).

Unter den drei Millionen Muslimen in Deutschland sind die Türken die größte Mehrheit. Trotz einiger Fundamentalisierungstendenzen sind unter ihnen rasonable Positionen, wie sie Kemal Ata Türk zur Grundlage der Osmanischen Türkei gemacht hat, am ehesten anzutreffen. Wenn dieser innere Annäherungsprozeß sich fortsetzen sollte, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Muslime werden integrationsbereiter auf dem Boden eines demokratischen Verfassungskonsenses und kön-

nen zugleich ihre Interessen gegenüber dem laizistischen Staat schlagkräftiger durchsetzen. Auf schnelle Erfolge für dieses optimistische Szenario hofft ernsthaft jedoch kein Kenner. Man muß nicht der Position anhängen, der christlich-islamische Dialog sei gescheitert, wie einige neukonservative Deutsche suggerieren, die aus dem Nahen Osten kamen, etwa Bassam Tibi. Aber ein christlicher Theologe aus Ägypten, Georges C. Anawati, formulierte in seinem *Exkurs über die Muslime*: »Die abendländischen Christen müssen sich mit Geduld wappnen und aus dem Glauben leben, der Berge versetzt.« Daß ein solcher quasi alttestamentarischer Glaube im laizisierten Europa noch häufig sei, wird freilich niemand unterstellen können.

Das postmoderne Denken hat in den muslimischen Gesellschaften begreiflicherweise wenig Anhänger. Man hat sich im nordatlantischen Raum eine pragmatisch-fragmentarische Denkweise angewöhnt, der jegliches Eiferertum nach dem Untergang der organisierten Ideologien abhanden gekommen ist. Universalität und Partikularität sind für postmoderne Denker kein Widerspruch mehr. Sie können sogar übertriebene Suche nach Identität von kleineren Gruppen milde lächelnd akzeptieren, nur Zelotismus der Partikularität sind ihnen fremd. Zum internationalen Terrorismus haben daher die Postmodernisten auch weitgehend geschwiegen. Der ironische Abstand des Postmodernismus zu eigenen und fremden Grundwerten geht auch in der westlichen Politik zur Zeit ein wenig verloren. Wer am Hindukusch noch tribalistisch organisierte Kämpfe ausführt, kann sich liberale Differenziertheit und Selbstironie ohnehin nicht leisten. Der Konflikt ist keineswegs neu. Kultur als eifernes Engagement aus dem Judentum des Alten Testaments hat im frühen Christentum mit einem abgeklärten hellenistischen Universalismus schon an der Wiege Europas um Einfluß gerungen (Eagleton 2001, S. 99).

Es geht in diesem Kultur-Cleavage nicht nur um den Dialog von Gläubigen beider Religionen, deren Verhältnis ohnehin recht asymmetrisch ist. Es geht um die aus diesen Religionen hervorgegangenen Prinzipien, denen auch jene folgen, die ihrer Religion längst entfremdet sind und nur noch ein wohlwollend-ritualistisches Verhältnis zu ihr bewahren konnten.

Die meisten Konflikte werden im Namen von Begriffen wie »Freiheit« und »Gerechtigkeit« ausgetragen. Gerechtigkeit ist eine normative Kategorie, die auf Ausgleich der Interessen gerichtet ist. Freiheit bezeichnet hingegen eher die Möglichkeiten des Individuums. Alle Kulturen sind auf die beiden Pole gerichtet, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung. Das Besondere des Westens ist seine Ausrichtung auf Erkennbarkeit und objektive Wahrheit. Diese Ausrichtung begünstigt einen Vorrang des Strebens nach individueller Erkenntnis und maximaler individueller Freiheit gegenüber der sozialen Einbindung in traditionale Normen der Gerechtigkeit. Selbst die katholische Kirche hat unter dem Druck des Protestantismus sich mit der Wissen-

schaft ausgesöhnt. Alles Gerede um den Dialog zwischen Christentum und Islam kann die Kluft zwischen normativer Gesellschaft und kognitiver Gesellschaft nicht überbrücken. Moderne westliche Demokratien verfahren nach der Devise »Mehrheit statt Wahrheit und göttliche Legitimation«. Im System der normativen Gesellschaft wird der Delinquent sozial geächtet. Die Strafe besteht nicht im Verlust der Freiheit, sondern in der Ausgrenzung bis hin zu Verbannung und Tötung.

Aber auch der Islam wurde vom Juden- und Christentum beeinflusst. Der Glaube an die alleinige Wahrheit der eigenen Glaubensvorstellungen war anfangs allen nah-östlichen Buch- und Offenbarungsreligionen gemeinsam. Trotz liberaler Strömungen wie dem Sufismus, trotz der Episoden eines liberalen Islam in Andalusien kurz vor seinem Untergang, durch christliche Eiferer der Reconquista herbeigeführt, und trotz der einst führenden Wissenschaftsstellung islamischer Gelehrter im Mittelalter hat es in islamischen Gesellschaften weder Renaissance noch Aufklärung gegeben. Diese Tradition führt zu besonderen Bedrohungsgefühlen angesichts von Globalisierung und Ausbreitung westlicher Werte. Die normative Basis ist stärker als im Westen vom kognitiv-individuellen Lebensstil getrennt. Buddhisten und Hindus hatten es leichter, sich an westliche Wissenschaft heranzuleben, als die Moslems. Die Globalisierung hat die Rückständigkeit islamischer Gesellschaften dramatisch verschärft und eine neue Welt-Ungerechtigkeit verbreitet, die dem Westen angelastet wird. Ohne soziale Aussichtslosigkeit kein Selbstmordterrorismus im Gaza-Streifen. Diese Erfahrung setzen auch einzelne westlich gut ausgebildete Fanatiker wie Atta nicht außer Kraft. Gerade die oberflächliche Verwestlichung einzelner kann zu einer violenten Rückwendung zur Tradition der Herkunftskultur aus Entfremdungsgefühlen führen, die auch in Harburg gedeihen.

Amerika wurde daher für normativ geprägte Gruppen zum Negativsymbol. Auch Europa hat Phasen der Rückwendung zu normativen Konzeptionen der Gerechtigkeit hinter sich, obwohl Marx und Engels eher kognitiv geprägte Denker waren. Der kognitiv-freiheitlich geprägte Kapitalismus wurde vom realen Sozialismus für tot erklärt und hat es doch besser verstanden, die individuellen Freiheiten zum Wohl des Ganzen zu mobilisieren, zumal in Modellen wie der »sozialen Marktwirtschaft« Freiheit und Gerechtigkeit zur Synthese gebracht wurden. Friktionen gab es im Westen genug – ohne sie kein Parteienwettbewerb. Auch in islamischen Ländern gibt es eine solche Kluft. Die reichen Ölscheichs von Saudi-Arabien können trotz formaler Orthodoxie nicht verhindern, daß sie als Feinde der Fundamentalisten gelten, auch wenn einzelne sich durch Subventionen an Dschihad-Organisationen gleichsam freikaufen (Krieg 2000).

2. Re-Etatisierung der internationalen Beziehungen durch die Herausforderung terroristischer Netzwerke und die Stärkung der Nationalstaaten

Eine große Gefahr des übergroßen antiterroristischen Konsenses in der Welt ist die Tatsache, daß viele Diktaturen und Halbdiktaturen ihre Fehden hinter den Aktionen der Supermacht Amerika austragen. Äthiopien, von einigen Kritikern immer noch als letzte Bastion des Stalinismus in Afrika betrachtet, bietet sich als Speerspitze gegen die angeblichen Terroristengruppen in Somalia an. Die Amerikaner, die bei der gescheiterten UN-Mission von 1993 in Mogadischu 18 Tote noch nicht verwunden haben, sind trotz der Undurchsichtigkeit der Lage in Somalia nur zu bereit, den Äthiopiern zu glauben (Scheen 2001, S. 7).

Die Russen haben in aller Stille für Tschetschenien freie Hand bekommen, seit auch Tschetschenen in den Al-Qaida-Bataillonen in Afghanistan gesichtet wurden. Bundeskanzler Schröder ging bei einem Besuch Präsident Putins bis zum »voraussehlenden Gehorsam«, als er erklärte, man sehe in Deutschland das Tschetschenien-Problem künftig anders. Präsident Putin hatte ein solches Bekenntnis, noch ehe man über die Frage gesprochen hatte, nicht zu erhoffen gewagt.

Am stärksten haben die Betonköpfe in Israel vom September 2001 profitiert. Die Besonderheit dieses Konflikts, Identifikationsobjekt vor allem für alle arabischen Moslems zu sein, enthält den meisten Sprengstoff. Ohne Lösung dieses Konflikts durch einen Palästinenserstaat wird die wichtigste ideologische Quelle für fundamentalistischen Terror nicht versiegen.

Die schon immer fließende begriffliche Grenze zwischen Freiheitskämpfern und Terroristen beginnt im Konsens aller fünf Großmächte, die permanent im Sicherheitsrat der UNO sitzen, zu verschwimmen. Obwohl sich in Kaschmir beide Seiten, nicht zimperlich, am Rande des Staatsterrorismus bewegen, neigt sich die Waage zugunsten Indiens, seit ein Attentat auf das Parlament in Neu Delhi die Gefahr offengelegt und Pakistan angesichts der militärischen Übermacht des Milliardenvolkes der Inder klein beigegeben und sich bereit erklärt hat, die Anführer der fundamentalistischen Terror-schwadronen zu verhaften. Selbst Arafat – Symbolfigur des Freiheitskampfes des palästinensischen Volkes – ist unter Hausarrest zum Erfüllungsgehilfen des israelischen Anti-Terror-Kampfes geworden. Er verhält sich etatistisch wie andere veritable Staatshäupter: Ehe er sich ins Exil schicken läßt und den Traum von einer Präsidentenrolle im souveränen Staat Palästina aufgibt, reiht er sich in die Phalanx der Staaten ein, die sich vom Terrorismus in ihrer Staatlichkeit bedroht sehen.

Die Terrornetzwerke werden als Beispiel für die Entstaatlichung der internationa-

len Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung gewertet. Die Paradoxie der Folgen stärkt jedoch die Staaten zugleich erneut. Es zeigt sich, daß der Nationalstaat keineswegs obsolet ist und, zählebig, noch immer die dauerhafteste und effektivste Akteurs-einheit auf der internationalen Bühne darstellt.

3. Kriseneinbrüche und die Auflösung von Reformstaus

Die nationalen Staaten schleppen alle eine Fülle von Problemen mit sich herum, die sie trotz des Globalisierungsdrucks nicht gelöst haben. Am einfachsten sind die paradoxen Folgen des Septembers 2001 in der Sicherheitspolitik auszumachen. Die Bundesrepublik hat die beste kleine Armee – aber der Zeit des kalten Krieges –, so wie sie die beste Industriestruktur der Welt hat – aber leider der sechziger Jahre. Die Bundeswehr mit den besten Panzern der Welt konnte angesichts sowjetischer Bedrohung effektiv erscheinen. Heute entdeckt sie, daß sie weder Spezialtruppen besitzt, die für Guerillakriege in der dritten Welt taugen, noch auch nur Transportflugzeuge bereitstellen kann, deren Reichweite ohne Auftanken Afghanistan einschließt. Ein kleiner Wintereinbruch auf türkischen Zwischenlandungsflughäfen, und der deutsche Klassenprimus der verbalen Solidarität kommt zu spät zum Friedenseinsatz.

Die Funktionen der Bundeswehr sollen vor allem kommunikativ und sichernd sein. Die Armee besitzt aber nur etwa ein Dutzend Satellitenkommunikationsanlagen, mit denen sich die Befehle aus Berlin übermitteln lassen (Beste u. a. 2001, S. 23). Die Septemberereignisse erzwingen, daß die Reform der Außen- und Sicherheitspolitik endlich auf die Tagesordnung kommt. Die Zeit der diskreten Rolle Deutschlands als Scheckbuch-Alliiertes ist vorbei. Die Grünen fordern seit längerem eine Berufsarmee von 200 000 »Mann«; PDS und Liberale sind zu dieser Innovation bereit. Die SPD wehrt sich gegen die Beseitigung der Wehrpflicht, obwohl selbst die Franzosen sie abgeschafft haben, die sie einst im revolutionären Enthusiasmus forcierten und dogmatisierten. Vermittlungsvorschläge wie der von Altbundespräsident von Weizsäcker beschränken sich auf die faktische Abschaffung der Wehrpflicht. In einer Bundeswehr von 240 000 Soldaten würde es nur noch 30 000 Rekruten geben. Die Widerstände gegen die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umrüstung der Bundeswehr auf Weltpolizisten-Rollen sind nicht nur ideologischer Art. Vorübergehend würde eine Berufsarmee mehr Geld kosten, und dieses Thema ist zur Zeit Anathema. Viele Reformen wurden schon mit dem Hinweis auf mittelfristige finanzielle Folgen verschleppt, wie die Entbeamtung und Flexibilisierung des öffentlichen Dienstes. Eine unheilige Allianz von konservativen Statusorganisationen und ÖTV verhindert diese überfällige Reformmaßnahme. Die bröckelnde Widerstandsfront gegen die Reform wird immer

wieder mit dem Geldargument geflickt: Langfristig sind kündbare Staatsangestellte billiger, kurzfristig aber ist die Abschaffung des Berufsbeamtentums – sicherheitsrelevante Bereiche wie Polizei und Gefängnispersonal dabei ausgenommen – teurer. Eine durch die Septemberereignisse erzwungene Reform würde vermutlich einen Dominoeffekt haben. Das Gute an den schlechten Zeiten ist es, daß unterschiedliche Reformanliegen im Paket realisierbar werden.

Der totgesagte Nationalstaat tritt unter der Herausforderung nichtstaatlicher Netzwerke – von den Globalisierungsmultis bis zu den Terrornetzwerken – gestärkt aus der Krise hervor. Der Staat wird selbst zum Faktor im internationalen Wettbewerb. Ein weiteres Paradoxon wird forciert: Obwohl der Staat sich selbst verschlankt und entbeamtet, obwohl er sich immer weniger Arbeitsmarktpolitik und verdeckte Sozialpolitik für privilegierte Gruppen – wie die Beamten – leisten kann, wird er effektiver. Der Wettbewerbsdruck – durch die Septemberereignisse in einer so nicht programmierten Wirtschaftsflaute verstärkt – erzwingt weiteren Abbau von Haushaltsdefiziten und Schulden. Allerdings um den Preis, daß Inflationsbekämpfung ein wichtigeres Ziel wird als der Abbau der Arbeitslosigkeit. Ganz neu ist die Entwicklung nicht: Helmut Schmidt trat mit der sozialdemokratischen Priorität an, die Arbeitslosigkeit zu senken. Sie stieg unter seiner Administration, hingegen wurde das Ziel der Opposition, die Inflation einzudämmen, gut erreicht. Umgekehrt hat Kohl – verschärfte durch die Krise der deutschen Einheit – eine sozialdemokratischere Arbeitsmarktpolitik betrieben als die SPD-Regierungen vor ihm. Die ABM-Maßnahmen in Ostdeutschland übertrafen sogar das einstige Modell-Land subventionierter Arbeitsplätze: Schweden. Heute sind Schweden und die Niederlande – einst Hochleistungswohlfahrtsstaaten – Vorbilder für den geordneten Rückzug aus dem hypertrophen Sozialstaat. Wieder hinkt Deutschland hinterher.

Politiker haben heute zwei Wahlkreise: den Markt und den Wahlkreis ihrer Wähler. Nationalstaaten sind auf eine neuartige Mehrebenenpolitik angewiesen, die ihre abnehmende Steuerungsfähigkeit kompensiert: Supranational wird auf Märkten staatsfern entschieden. National wird gleichwohl im Zeitalter der knappen Ressourcen durch Produktionsförderung und soziale Sicherung der eigenen Bevölkerung noch gesteuert. Die Staaten entwickeln eine zunehmende Fähigkeit der Kooperation, um einen mörderischen Wettbewerb mit einer Lohnentwicklung »down to the bottom« zu verhindern. In gewisser Weise wird der Staat wieder handlungsfähiger, weil die Großorganisationen, die ihn bisher im Namen des Wohlfahrtsstaates erpreßten, durch die Globalisierung und den Kasinokapitalismus geschwächt worden sind, vor allem die Gewerkschaften. Der Marktwert des sozialen Friedens – Garant des Aufschwungs im Wirtschaftswunder – hat sinkende Bedeutung. Das starre Regelsystem in den Arbeitsmarktbeziehungen weicht einem voluntaristischen Verhand-

lungssystem und untergräbt das obligatorische Regelsystem des vergangenen Zeitalters exzessiver Verrechtlichung (Streeck 1998).

4. Eine einzige Supermacht Amerika und die Entstehung eines weltweiten Rechtssystems

Der Reformdruck, der auf den Verbündeten des Nordatlantikpakts ruht, ist um so größer, je mehr sich Amerika als die einzige noch verbliebene Supermacht erwiesen hat. In Zeiten des bipolaren Systems wurde von Kaplan und anderen geunkelt, daß nach dem Ende dieser Konfrontation – von der keiner glaubte, daß sie mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion enden werde – ein »unit veto system« entstehen werde. Jede mittlere Macht, die Atomwaffen besitzt, könne auch größere Staaten mit dem atomaren Potential wenigstens zur Unterlassung bestimmter Handlungen zwingen. Inzwischen droht ein Krieg zwischen Pakistan und Indien. Aber diese beiden Atommächte erklärten vorab, daß der Einsatz von Atomwaffen ausgeschlossen sein solle. Es gibt noch kein »unit veto system«. Die amerikanische Vermittlungsdemokratie triumphiert, und allenfalls Tony Blair darf noch ein bißchen herumreisen, zumal in Amerika die Meinung kursiert, alle Konflikte dieser Zeit seien einst durch das britische Imperium eingebrockt worden. Daher wächst bei Konservativen in Washington die Neigung, die *pax americana* massiv geltend zu machen. 36% der weltweiten Rüstungsausgaben würden von Amerika aufgebracht, 98% der Aktionen seien von Amerika durchgeführt worden, nur 2% von Großbritannien. Paul Kennedy erklärte die NATO zum Potemkinschen Dorf, so nutzlos wie der Warschauer Pakt in der Spätphase Gorbatschows. Verbündete wie Japan oder Deutschland – obwohl sie sich niemals so lautstark solidarisch erklärten wie nach dem September 2001 – dürfen allenfalls in Südostasien oder am Horn von Afrika »herumschippern« (zit. Hoyng 2002, S. 117). Die matten Versuche, im Bombenkrieg gegen Jugoslawien ein Veto einzulegen, führten dazu, daß Amerika den Multilateralismus des westlichen Bündnisses abbaut und nur noch auf bilaterale Verhandlungen setzt, am besten mit gefügigen Nichtpartnern wie Rußland, Usbekistan oder Pakistan.

Ein Weltstaat wäre ein Traum und nicht einmal ein schöner, weil neue Entfremdung und Gewalt von seiten der Macht zu befürchten wäre. Ein Alternativmodell scheint ein hegemoniales System zu sein. In der Theorie der internationalen Politik wird es von Neorealisten, Weltsystemtheoretikern, Zyklentheoretikern wie Kindleberger, Kennedy, Modelski, Wallerstein und anderen verlangt, die der idealistischen Forderung nach einem universalistischen Wertesystem keine Chance geben (Menzel 2000, S. 186). Hegemonie aber besteht immer nur vorübergehend, das scheinen die

USA als Lehre zu vergessen. Jede Variante des Neorealismus würde auch für Nicht-intervention plädieren. Genau dies aber kann der amerikanische Missions- und Hegemoniegedanke nicht annehmen. »Laßt die Europäer im Kosovo allein wursteln« war einmal eine amerikanische Devise. Im nächsten Konflikt um Afghanistan – als Amerika selbst wieder betroffen war – haben sie das Gegenteil gemacht und die Europäer nicht einmal mitwursteln lassen.

General Schwartzkopf wurde im Golfkrieg noch am Marsch auf Bagdad gehindert, weil die Amerikaner akzeptierten, daß das UN-Mandat dies nicht vorsah. Heute warten sie ein solches Mandat nicht ab oder unterlaufen es, wenn es erfolgt. Die Arroganz der Macht konnte es sich leisten, einseitig den ABM-Vertrag zu kündigen, was nur matte Proteste bei Präsident Putin auslöste, weil er die Gleichstellung mit den G 7 und die Aufnahme in die Welthandelsorganisation nicht aufs Spiel setzen wollte. Die russische Presse hingegen nahm diesen Alleingang äußerlich nicht so gelassen auf. Die angebliche Sicherheitspartnerschaft mit Amerika scheint entwertet, obwohl die Amerikaner ihre Eigenmächtigkeit als nicht gegen Rußland gerichtet ausgeben. Wieder liefert der Terrorismus gute Vorwände für ein fadenscheiniges Argument, der amerikanische Schutzschild sei nicht gegen Rußland, sondern gegen »Schurkenstaaten« und Terroristen gerichtet. Nur sehr liberale Blätter in Moskau, wie die *Nezavizimaja gazeta* (18. Dezember 2001), erinnerten auch an die russische Mitschuld: Der ABM-2-Vertrag wurde 1993 unterschrieben, aber erst 2000 von der Duma ratifiziert und ist nie in Kraft gesetzt worden. Sergej Rogov, Leiter des Instituts für USA- und Kanada-Studien, verstieg sich zu der masochistischen Äußerung: »Es wäre dumm, auf eine Aufrechterhaltung der eigenen Rolle zu hoffen, wenn man eine Million zerlumpter Nichtstuer unter dem Kommando einer Unzahl betrunkenen Offiziere und korrumpierter Generäle hat. Heute ist die russische Armee ein Reservat zur Erziehung nationaler Hoffnungslosigkeit geworden« (zit. Margolina 2002, S. 41). Eine solche masochistische Selbstkritik Rußlands ist Wasser auf die Mühlen amerikanischer Ausreden. Alexej Arbatov, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses der Duma, verurteilte zu Recht – in den Worten Talleyrands – den amerikanischen Entschluß: »Sie haben nichts vergessen und nichts hinzugelernt«. Es wird zu Recht darauf hingewiesen, daß Amerika den Russen einiges verdanke, weil sie Informationen über ihre Ortskenntnis aus dem Afghanistankrieg zur Verfügung stellten (*Nezavizimaja gazeta*, 26. Dezember 2001).

Schadenfreude breitet sich in russischen Analysen aus: Demokratien sind unfähig, mit dem Terrorismus fertig zu werden, Diktaturen täten sich da leichter, obwohl Demokratien schrittweise ihre gepriesenen Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus opferten. Als der Afghanistankrieg begann, haben alle Experten vor dem direkten Angriff auf das Land gewarnt und an die blutigen Nasen der Engländer und

der Sowjets erinnert. Die Fortentwicklung der intelligenten Waffen – bei geringem Einsatz von Bodentruppen und Benutzung der innerafghanischen Anti-Taliban-Kräfte – hat jedoch zu einem beängstigend schnellen Sieg geführt. Selbst die Fortsetzung der Bombardements, gegen das Gefühl der Europäer, wird mit Duldung der neuen afghanischen Regierung nicht gescheut, obwohl der Nutzen hinsichtlich der Ergreifung der Hauptverantwortlichen der Terroranschläge von New York nicht erwiesen ist. »Kollateralschäden« in der Zivilbevölkerung – wie das beschönigend heißt – werden in einem erschreckenden Ausmaß in Kauf genommen, wie das weder im Irak noch in Jugoslawien im gleichen Ausmaß vorkam. Dabei läßt sich der Militärkoloß vielfach dazu mißbrauchen, sich in Stammesfehden einspannen zu lassen. Eine kleine Denunziation des Nachbarn durch einen Stammesfürsten reicht für die Auslöschung eines Dorfes durch amerikanische Bomben.

Die Europäer würden bei Ergreifung von Bin Laden am liebsten den Strafgerichtshof in Den Haag einschalten, dem auch Milošević unterstellt wurde. Amerika scheint noch auf einem Militärgericht zu bestehen. Aber es gibt trotz all dieser pessimistisch zu wertenden Entwicklungen Anzeichen dafür, daß die Verrechtlichung der Weltpolitik nicht aufzuhalten ist und daß auch Amerika eines Tages die Schiedssprüche internationaler Gerichte anerkennen muß. Der Widerstand, auch amerikanische Soldaten dem internationalen Strafgerichtshof zu unterwerfen, ist halbherzig. Da wird von Frist gesprochen (ein Jahr), und die Ablehnung eines solchen Gerichts ist nicht grundsätzlicher Art. Der Koloß Amerika steht auch nach dem Urteil von maßvollen Analytikern wie Stanley Hoffmann oder Chalmers Johnson auf tönernen Füßen. Seine Verwundbarkeit trotz Hochrüstung ist im September 2001 deutlich geworden, und alle Effektivität intelligenter Bomben reicht nicht, um die Verantwortlichen für die Anschläge dingfest zu machen. Die Ankündigung eines neuen gigantischen Aufwandes für einen atomaren Schutzschild ist seit dem September 2001 ein seltsamer Anachronismus. Während Terroristen an schmutzigen Bomben als Handgepäck basteln, kann eine Supermacht doch nicht glauben, eine atomare Maginotlinie werde sie unverwundbar machen, wo die Geschichte vom römischen Limes bis zur Chinesischen Mauer lehrt, daß es niemals eine absolut sichere Verteidigungslinie gab. Meist wurde sie unterwandert und im Ernstfall – wie bei der Maginotlinie – nicht einmal eingesetzt.

Zu den paradoxen Folgen der Anschläge gehört die wachsende Bereitschaft, eine internationale Rechtsordnung und Schiedsgerichtsbarkeit anzuerkennen. Das Schicksal von Milošević und Pinochet haben die waffenstarrenden Throne von Diktatoren entwertet. Immer weniger ist die internationale Rechtsgemeinschaft – trotz allen Streits über die Geltung der Menschenrechte, die einzelne außereuropäische Mächte als verkappten Werteimperialismus brandmarken – noch bereit, einen Idi Amin hin-

zunehmen. Noch wird nicht alle innerstaatliche Gewalt geahndet, aber wenigstens bei offenem Genozid, selbstmörderischem Bürgerkrieg und gelegentlich bei gewaltsamer Annexion eines Landes (Kuweit) greift die Gemeinschaft der Völker in der Regel ein.

Der Prozeß einer Balancierung von partizipativer Demokratie und Rechtsstaat wurde durch den Zusammenbruch der Diktaturen in der dritten Welle vorangetrieben. Immer weniger wird akzeptiert, daß Diktatoren und Kryptodiktatoren sich hinter dem manipulierten Volkswillen verstecken, den sie für demokratisch ausgeben. Die Einsicht wächst: »Der Rechtsstaat ist nicht alles, aber ohne ihn ist alles nichts!« – eine Variation eines Schopenhauer-Wortes (zit. Merkel 2001, S. 13). Ein Primat des Rechtsstaatsgedankens dürfte gerade in der internationalen Politik positive Folgen dafür haben, daß sich ein prozeduraler Minimalkonsens entwickelt.

Da Weltstaat und »world government« nicht möglich sind und Welthegeemonie immer nur begrenzt ausgeübt werden kann, hat man sich in der Theorie der internationalen Beziehungen längst an einen Terminus gewöhnt, der auch die innenpolitische Diskussion beherrscht, weil gesellschaftliche Organisationen längst ständig am Staat vorbei operieren. »Governance« statt »government« heißt die Devise. Horizontale Selbstkoordination der Staaten ist der einzige Weg zu dauerhaften »Regimen« auf vereinbarter Grundlage und, langfristig, zu Frieden. Auch innenpolitische »good governance« unterliegt mehr und mehr der internationalen Evaluation. Schlechte Zensuren für Schröders Wirtschaftspolitik von internationalen Institutionen wie OECD, Weltbank oder Europäischer Union wurden plötzlich zum Faktor, der die Wiederwahlaussichten des Kanzlers beeinflußt hat.

Westliche Demokratien wurden in langen internen Kämpfen auch zu einer Balance gebracht zwischen dem Rechtsstaat, den die Liberalen erkämpft hatten, und dem Sozialstaat, den die Sozialisten hinzufügten. In diesem Bereich sind die größten Defizite in der heutigen Weltordnung festzustellen. Sonntagsreden enthalten zwar regelmäßig die Erkenntnis, daß erst eine Weltsozialpolitik den Terror beenden werde. Ohne soziale Aussichtslosigkeit in Palästinenserlagern und ohne Überwindung des wirtschaftlichen Leistungsdefizits, das keine Weltregion so stark betrifft wie die moslemische Welt, wird der Terror ein Problem bleiben. Selbst bei leidlichen sozialen Verhältnissen wie im Baskenland oder in Nordirland ist er bisher nicht ausgestorben. Die Globalisierung schafft in der Perzeption der dritten Welt weitere Wettbewerbsnachteile für die weniger entwickelten Länder. Der Egoismus der Zollschränken der regionalen Wirtschaftsverbände – vor allem der EU – wird abgebaut werden müssen. Neben die Verrechtlichung der Weltordnung wird die sozialstaatliche Angleichung der Lebensverhältnisse in der ganzen Welt treten müssen.

Literatur

- Beste, Ralf, u. a., »Teure Sicherheit«, in: *Der Spiegel* 51, 2001, S. 22-24.
- Eagleton, Terry, *Was ist Kultur?*, München 2001.
- Ernst, Heiko, »Coping. Das Gute an schlechten Zeiten«, in: *Psychologie heute*, Januar 2002, S. 20-26.
- Hoyng, Hans, »Machtvoll zur Welt sprechen«, in: *Der Spiegel* 1, 2002, S. 116-118.
- Huntington, Samuel P., *Kampf der Kulturen*, Berlin 1998.
- Krieg, Peter, »Ewige Gerechtigkeit oder anhaltende Freiheit?«, in: *Psychologie heute*, Januar 2002, S. 28-33.
- Lehnartz, Sacha, »Auch Muslime müssen müssen«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 23. 12. 2001, S. 53.
- Margolina, Sonja, »Die Schule der Nation erzieht zur Hoffnungslosigkeit«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. 1. 2002, S. 41.
- Menzel, Ulrich, »Die postwestfälische Konstellation, das Elend der Nationen und das Kreuz von Globalisierung und Fragmentierung«, in: ders. (Hg.), *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*, Frankfurt am Main 2000, S. 158-187.
- Merkel, Wolfgang, »Der diskrete Charme der Demokratie. Ein hoffnungsvoller Ausblick auf das 21. Jahrhundert«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 12. 2001, S. 13.
- Scheen, Thomas, »Ohne die Amis ginge es uns besser«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 12. 2001, S. 7.
- Streeck, Wolfgang, »Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft«, in: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main 1998, S. 169-202.
- Umehara, T., »Ancient Japan shows Post-Modernism the Way«, in: *New Perspectives Quarterly* 9, Frühjahr 1992.
- Wagner, B. (Hg.), *Kulturelle Globalisierung. Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung*, Essen 2001.

Velbrück Online Magazin

VELBRÜCK WISSENSCHAFT · Meckenheimer Straße 47 · D-53919 Weilerswist
www.velbrueck-wissenschaft.de · info@velbrueck.de

© Klaus von Beyme, 2002. Der Beitrag wird in dem von Wolfgang Schluchter herausgegebenen Band *Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg* erscheinen.